AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 3 | DIENSTAG, DEN 12. JANUAR | 2010

Inhalt:

	Seite
Sitzungen der Bürgerschaft	25
Anordnung zur Durchführung der Fluglaternenverordnung	25
Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts	25
Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses nach § 18 des Arbeitsgerichtsgesetzes	26
Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes	26
Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI)	26
Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche	27
Aufstellungsbeschluss	27
Vertretung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	27

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 20. Januar 2010, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 21. Januar 2010, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 12. Januar 2010

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 25

Anordnung zur Durchführung der Fluglaternenverordnung

Vom 5. Januar 2010

Zuständig für die Durchführung der Fluglaternenverordnung vom 5. Januar 2010 (HmbGVBl. S. 2) in der jeweils geltenden Fassung ist

die Behörde für Inneres.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 5. Januar 2010.

Amtl. Anz. S. 25

Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts

Vom 5. Januar 2010

Die Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 5. Januar 1999 (Amtl. Anz. S. 345), zuletzt geändert am 19. Februar 2008 (Amtl. Anz. S. 545), wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt I wird wie folgt geändert:

1.1 In Absatz 1 werden hinter Nummer 8 folgende Nummern 9 und 10 eingefügt:

„9. EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung vom 21. April 2009 (BGBl. I S. 872, 873),

10. Mobilitätshilfenverordnung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 2097),“.

1.2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

1.2.1 In Nummer 4 wird die Textstelle „Absatz 3a Satz 1 sowie“ gestrichen.

1.2.2 Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. § 23 Satz 2, § 47a Absatz 3 Satz 1, § 49 Absatz 5 Satz 2, § 57d Absatz 4 und Absatz 9 Satz 1, § 68 Absatz 1 Satz 2, § 70 Absatz 1 Nummer 2, Nummer 1.1 der Anlage VIII c und Nummer 1.1 der Anlage XVIII c StVZO,“.

1.2.3 In Nummer 6 wird die Textstelle „sowie Nummern 17 und 18“ durch die Textstelle „sowie Nummer 17“ ersetzt.

2. Abschnitt II erhält folgende Fassung:

„II

Auf Grund von § 26 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 StVG wird bestimmt:

Bei Ordnungswidrigkeiten nach § 24 StVG, die im Straßenverkehr begangen werden, und bei Ordnungswidrigkeiten nach §§ 23, 24a und 24c StVG ist Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt

geändert am 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353, 2354), soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist,

die Behörde für Inneres."

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Januar 2010.

Amtl. Anz. S. 25

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses nach § 18 des Arbeitsgerichtsgesetzes

Die Amtszeit der Mitglieder des Beratenden Ausschusses nach § 18 des Arbeitsgerichtsgesetzes endet am 14. Juni 2010.

Die Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wesentliche Bedeutung haben, werden aufgefordert, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Vorschläge für die Berufung von Vertretern der Gewerkschaften und der Vereinigungen von Arbeitgebern sowie deren Stellvertretern bei der Justizbehörde, Abteilung J 62/11, Drehbahn 36, 20354 Hamburg, einzureichen.

Diese Aufforderung ergeht auf Grund von § 2 Absatz 2 der Verordnung über den Beratenden Ausschuss nach § 18 des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. November 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 304-a-1), geändert am 31. August 1965 (HmbGVBl. S. 144).

Nach den §§ 1 und 2, 3 und 5 der angeführten Verordnung sind auf Vorschlag der genannten Organisationen je drei Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Versorgungsberechtigten und der Behinderten sowie deren Stellvertreter zu berufen.

Es können nur Personen berufen werden, die zur Hamburgischen Bürgerschaft wählbar sind.

Hamburg, den 4. Januar 2010

Die Justizbehörde

Amtl. Anz. S. 26

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Berufung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes

Die Amtszeit der Mitglieder des Beratenden Ausschusses nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes endet am 31. Mai 2010.

Die Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wesentliche Bedeutung haben, sowie die im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg bestehenden Vereinigungen der Kriegsopfer und der Behinderten werden aufgefordert, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Vorschläge für die Berufung von Vertretern der Versicherten, der Arbeitgeber und der Versorgungsberechtigten/Behinderten sowie deren Stellvertretern bei der Justizbehörde, Abteilung J 62/11, Drehbahn 36, 20354 Hamburg, einzureichen.

Diese Aufforderung ergeht auf Grund von § 3 Absatz 3 der Verordnung über den Beratenden Ausschuss nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. November 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 304-a-1), geändert am 31. August 1965 (HmbGVBl. S. 144).

Nach den §§ 1 und 2, 3 und 5 der angeführten Verordnung sind auf Vorschlag der genannten Organisationen je drei Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Versorgungsberechtigten und der Behinderten sowie deren Stellvertreter zu berufen.

Es können nur Personen berufen werden, die zur Hamburgischen Bürgerschaft wählbar sind.

Hamburg, den 4. Januar 2010

Die Justizbehörde

Amtl. Anz. S. 26

Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI)

Auf Grund von § 10 der Verordnung über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI-VO) vom 11. Oktober 1995 (HmbGVBl. S. 277) wird die Liste der für das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI) bekannt gemacht:

Listen-Nr.	Name, Vorname Anschrift der Geschäftsstelle	Datum der Zulassung
16	Hanack, Walter Alsterkrugchaussee 378, 22335 Hamburg	1. März 1971
19	Brödau, Klaus-Ekkehard Am Lustberg 15, 22335 Hamburg	26. März 1979
20	Endrikat, Peter Klosterallee 106 d, 20144 Hamburg	24. April 1990
21	Müller, Andreas Stormarner Straße 30, 22049 Hamburg	24. Februar 1997
22	Schmidt-Böllert, Andreas Alsterkrugchaussee 378, 22335 Hamburg	11. Dezember 1998
23	mit Wirkung ab 31. Dezember 1998 Partnerschaft zwischen Nummern 16 und 22, Beitritt von Nummer 25 am 24. Juli 2003	
24	Gruber, Michael Flughafenstraße 52 a, 22335 Hamburg	22. Juni 1999
25	Grabau, Gerd Alsterkrugchaussee 378, 22335 Hamburg	14. Juli 2003
26	Wesnigk, Peter Strucksbarg 13, 21077 Hamburg	6. Januar 2005
27	Hilbring, Heinz Garstedter Weg 157, 22455 Hamburg	11. November 2005

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure (ÖbVI) üben einen freien Beruf aus und sind mit einem öffentlichen Amt beliehen. Sie sind Vermessungsstellen im Sinne des Hamburgischen Gesetzes über das Vermessungswesen (HmbVermG) vom 20. April 2005 (HmbGVBl. S. 135).

Hamburg, den 12. Januar 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung –

Amtl. Anz. S. 26

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 9. August 2007, die öffentliche Wegefläche Weimarer Straße neben Nummer 106 (Flurstück 4749 teilweise), Gemarkung Wilhelmsburg, zu entwidmen. Die Maßnahme wird notwendig im Rahmen: Weltquartier Wilhelmsburg – Umgestaltung des Weimarer „Platzes". Tauschvertrag zwischen der FB/Imm und der SAGA/GWG.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 29. Dezember 2009

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 27

Aufstellungsbeschluss

Das Bezirksamt Wandsbek beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018, 3081), für das Gebiet Barmwisch den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss W 5/09).

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig gekennzeichnet ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Nordostgrenze des Flurstücks 4448 (Weidkoppel) – über das Flurstück 6262 – Südgrenze des Flurstücks 6262 – über das Flurstück 4448 (Weidkoppel) – über das Flurstück 10049 – über das Flurstück 4448 (Weidkoppel) – über das Flurstück 10051 – über das Flurstück 10050 – über das Flurstück 2057 (Barmwisch) – Ostgrenze des Flurstücks 8323 – Ostgrenze des Flurstücks 2059 (Osterbek) – Ost- und Südgrenze des Flurstücks 4682 – Ostgrenze des Flurstücks 2058 – Ostgrenze des Flurstücks 25 (Alte Osterbek) – Ost- und Südgrenze des Flurstücks 1601 – über das Flurstück 1601 – Westgrenze des Flurstücks 2059 (Osterbek) – Westgrenze des Flurstücks 8323 – Südwest- und Nordwestgrenze des Flurstücks 2065 – Nordwestgrenze des Flurstücks 8323 – über das Flurstück 8204 – Nordwestgrenze des Flurstücks 8323 – über das Flurstück 2057 (Barmwisch) – Nordgrenze des Flurstücks 10048 – Nordwestgrenze des Flurstücks 10049 – Südwest- und Nordwestgrenze des Flurstücks 4448 (Weidkoppel) der Gemarkung Bramfeld (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 515).

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Bramfeld 67 sollen unter anderem bestehende Kleingartenflächen sowie ein Gewässerstreifen entlang der Osterbek planungsrechtlich gesichert werden.

Hamburg, den 29. Dezember 2009

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 27

Vertretung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Folgende Personen sind gemäß § 20 der Satzung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 24. Juni 2008 (Amtl. Anz. S. 1316) zur Vertretung der Studierendenschaft berechtigt:

Allgemeiner Studierendenausschuss:
Marc Alexander Holtz
Tilmy Alazar
Rona Neumann
Anna Schrader
Tim Siegmund
Christoph Schwarzer
Lina Hoeft
Thomas Schertler
Dominique Nagel
Liza Knezlova
Jonas Plümke
Eusa Dos Reis Cardoso

1. Vorsitzender:
Tilmy Alazar

2. Vorsitzender:
Marc Alexander Holtz

Finanzreferat:
Tim Siegmund

Kassenwartin:
Ingeburg Kiesewetter

Hamburg, den 5. Januar 2010

AStA der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Amtl. Anz. S. 27

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 30/10**

Rohbauarbeiten (Erd-, Mauer-, Beton-, Putzarbeiten), Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 11. Januar 2010 bis 3. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 9. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 9. Februar 2010, 10.30 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

– Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).

– Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 11. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 5. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

36

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 31/10**

Trockenbauarbeiten, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 11. Januar 2010 bis 3. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 9. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 9. Februar 2010, 11.00 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

- Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).
- Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 11. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 5. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

37

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 32/10**

Dachdecker- und Klempnerarbeiten, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 11. Januar 2010 bis 3. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 9. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 9. Februar 2010, 11.30 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

- Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).
- Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 11. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 5. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

38

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 33/10**

Elektroarbeiten, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 12. Januar 2010 bis 4. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 10. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 10. Februar 2010, 10.30 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

– Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).

– Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 12. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 6. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

39

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 34/10**

Gas-, Wasser-, Abwasser, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 12. Januar 2010 bis 4. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 10. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 10. Februar 2010, 11.00 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

– Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).

– Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren

Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 12. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 6. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

40

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 35/10**

Wärmeversorgungsanlagen, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 12. Januar 2010 bis 4. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006
Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 10. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 10. Februar 2010, 11.30 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

– Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).
– Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 12. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 6. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

41

Öffentliche Ausschreibung
§ 17 Nummer 1 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 39 81,
Telefax: 040 / 4 28 63 - 34 81

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gymnasium Buckhorn,
Im Regestall 25, 22395 Hamburg (Volksdorf)

Neubau einer Mehrzweckhalle mit Foyer, Saal, Bühne, Teilkeller

e) Vergabenummer: **V 53 Ö 36/10**

Estrich- und Bodenbelag, Grundfläche 792 m², umbauter Raum 5825 m², Teilkeller als weiße Wanne, Außenwände als GB verputzt, Fassadenteilflächen, Holzschalung, -teilflächen, Fassadenplatten, großflächige Verglasungen, Alu-Profile, Satteldächer in Holzkonstruktion 10° und 20°, Zinkdach, Innenwände KS, Bodenbelag Linoleum, Fliesen und Parkett, Sanitärtrakt mit 11 WC's, 5 Urinale, 7 Waschtische, Heizung Gas/Zentrale im Bestand, Heizkörper, Lüftungsanlage im Keller.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: März 2010,
Ende: Dezember 2010.

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

vom 13. Januar 2010 bis 4. Februar 2010, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a), Frau Krips, Raum 201

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 35,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung 30006

Konto-Nr. 200 015 33, BLZ 200 000 00
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 11. Februar 2010

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Abteilung Schulbau V53-4, Frau Krips, Raum 201,
Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 11. Februar 2010, 10.30 Uhr

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:

– Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1).
– Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 13. März 2010

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Behörde für Schule und Berufsbildung,
Amt für Verwaltung V 3,
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Hamburg, den 6. Januar 2010

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

42

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb – § 17 Nr. 2 VOB/A

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Abteilung Landschafts- und Grünplanung, LP 21,
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
Telefon: 040 / 4 28 40 - 39 24,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 82 88

b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg

e) Vergabenummer: **ÖT-LP2-002/10**

KLV-LA 2010 Nummer 32

Kleinvertrag Landschaftsbau für Unterhaltungs- und Pflegearbeiten, kleine Neubaumaßnahmen im Landschaftsbau wie z. B. in öffentlichen Grünanlagen, Schulen, Dienstgärten und im Straßenbegleitgrün der Freien und Hansestadt Hamburg. Einzelaufträge bis zu einer Wertgrenze von brutto 12.500,– Euro.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist

Beginn: 1. Juni 2010
Ende: 31. Mai 2011

i) Rechtsform von Bietergemeinschaften:

Bietergemeinschaften sind nicht zulässig.

j) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am:
Freitag, 19. Februar 2010, 9.30 Uhr

k) Anträge sind zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle – ZVA –, Zimmer E 231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

l) Der Antrag ist abzufassen in: deutsch

m) Die Angebotsunterlagen werden spätestens abgesandt am: 1. März 2010

n) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

o) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

p) Geforderte Eignungsnachweise bei Antrag auf Teilnahme:

Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß § 8 Nr. 3 (1) Buchstaben a) bis f) VOB/A.

– Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit des Bewerbers, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Satz 1 oder 2 Arbeitnehmer-Entsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500,– Euro belegt worden ist. Wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen. Wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen. Wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Präqualifizierte Unternehmen können stattdessen im Teilnahmeantrag die Nummer angeben, unter der sie in der Liste des Vereins für die Präqualifizierung von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind.

q) Auskünfte erteilt:

Anschrift siehe unter Buchstabe a)
Stephan Groetzner, BSU-LP 21

Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Abteilung Landschafts- und Grünplanung, LP L
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 83 65

Hamburg, den 7. Januar 2010

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

43

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsbereich Konstruktive Ingenieurbauwerke,
Fachbereich,
Zentrale Vergabestelle – K5 –,
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 92,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:

Hamburg Mitte

e) Vergabenummer: **ÖA-K5-039/10**

Wesentliche Leistungen:

Straßenaufbruch 8.100 m²

Boden lösen und entfernen 3.300 m³

Bit-Fahrbahn im Vollausbau herstellen 7.200 m²

Nebenflächen herstellen/ umgestalten 5.800 m²

Bordsteine setzen 1.100 m

Straßenabläufe herstellen 36 Stck.

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Erbringung von Planungsleistungen: nein

h) Ausführungsfrist:

Beginn: 11. April 2010, Ende: 20. Juni 2010

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Einsichtnahme:

vom 6. Januar 2010 bis 2. Februar 2010, dienstags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:

Höhe des Kostenbeitrages: 20,– Euro

Erstattung: nein

Zahlungsweise: Banküberweisung.

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA

Geldinstitut: Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer: 375 202 - 205.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 5. Februar 2010, 9.30 Uhr

l) Angebote sind zu richten an:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, ZVA, Zimmer E 231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung:
5. Februar 2010, 9.30 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe l)

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter/in.

s) Geforderte Eignungsnachweise:
- Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1) Buchstaben a) bis f).
- Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 26. März 2010.

u) –

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer,
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 6. Januar 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

44

---

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamt Altona,
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
Fachamt Management des öffentlichen Raumes,
Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 11 - 61 37,
Telefax: 040 / 4 28 11 - 61 13

b) Öffentliche Ausschreibung

c) Ausführung von Bauleistungen

d) Ort der Ausführung:
Luruper Moorgraben, Hamburg-Osdorf,
Böttcherkamp-Bornheide

e) Vergabenummer: **A/D4 G2 – 1/10**
Wesentliche Leistungen etwa:
– 70 t Ausbau breiiger Sandboden
– 150 t Absaugen flüssiger Sandboden
– Herstellung einer schwimmenden Ölsperre

f) Aufteilung in Lose: nein

g) Zweck der Bauleistung:
Grundinstandsetzung des Sand- und Ölfangbeckens am Luruper Moorgraben

h) Ausführungsfrist:
Beginn: Februar 2010,
Ende: März 2010

i) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 12. Januar 2010 bis 25. Januar 2010, dienstags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Bezirksamt Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Submission –, A/D4 G2, Zimmer 2, Telefax: 040 / 4 28 11 - 63 52, Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg.

j) Kostenbeitrag für die Unterlagen:
Höhe des Kostenbeitrages: 15,– Euro
Erstattung: nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: Kasse.Hamburg – Bezirksamt Altona, Verwendungszweck: 4050 82000 0031, A/D4 G2 – 1/10, Konto-Nr: 200 015 82, BLZ: 200 000 00, Geldinstitut: BUNDESBANK
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift, siehe Buchstabe i), schicken.

k) Ende der Angebotsfrist: 9. Februar 2010, 14.00 Uhr

l) Angebote sind zu richten an:
Anschrift siehe Buchstabe i)
Bezirksamt Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Submission –, A/D4 G2, Zimmer 2, Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg.

m) Das Angebot ist abzufassen in: Deutsch

n) Bei der Öffnung der Angebote dürfen anwesend sein:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

o) Angebotseröffnung: 9. Februar 2010, 14.00 Uhr
Anschrift siehe Buchstabe i)
Bezirksamt Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Submission –, A/D4 G2, Zimmer 2, Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg.

p) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

q) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

r) Rechtsform von Bietergemeinschaften: –

s) Geforderte Eignungsnachweise:
- Angaben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß VOB/A § 8 Nummer 3 (1), Buchstabe b), d), e).
- Gültige Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG; ausländische Unternehmen haben eine gleichwertige Bescheinigung vorzulegen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

– Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden; ausländische Unternehmen haben vergleichbare Nachweise zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert, und

– Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) des Baugewerbes, die nicht älter als 12 Monate sein darf, über die vollständige Entrichtung von Beiträgen; ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen; wird auch vom Nachunternehmer gefordert.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

t) Die Bindefrist endet am 10. März 2010.

u) –

v) Auskünfte erteilt: Anschrift siehe Buchstabe a)

Frau Hesse, Telefon: 040 / 4 28 11 - 61 37

Beschwerdestelle:

Bezirksamt Altona, Rechtsamt, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg, Telefax: 040 / 4 28 11 - 29 24

Hamburg, den 5. Januar 2010

Das Bezirksamt Altona

45

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Postanschrift:

Notkestraße 85, D-22607 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefon: +49 (0)40 / 89 98 - 24 80

Zu Händen: Frau Dietsch

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Telefax: +49 (0)40 / 89 98 - 40 09

Hauptadresse des Auftraggebers (URL): http://www.desy.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Sonstiges:

Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts

Sonstiges: Forschung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Ausführung von Elektroarbeiten im Stromversorgungsnetz (Los 1) und Verkabelungsarbeiten an den Daten-, Fernmelde- und Beschleuniger-Signalleitungsnetzen (Los 2).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

(a) Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz-Gemeinschaft, Notkestraße 85, D-22607 Hamburg.

Nuts-Code DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Abschluss einer Rahmenvereinbarung

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

Höchstzahl der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten: 6

Laufzeit der Rahmenvereinbarung:

Dauer in Jahren: 4

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Rahmenvereinbarung für die Ausführung von Elektroarbeiten im Stromversorgungsnetz (Los 1) und Verkabelungsarbeiten an den Daten-, Fernmelde- und Beschleuniger-Signalleitungsnetzen (Los 2.)

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45310000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja

Wenn ja, sollten die Angebote wie folgt eingereicht werden: für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Es ist vorgesehen bis zu 3 Auftragnehmer pro Los mit Verträgen für Einzelbestellungen gem. o. a. Leistungsumfang mit der Laufzeit vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 mit Optionen für die Folgejahre 2011/2012, 2012/2013, 2013/2014 zu beauftragen.

Es können Angebote für beide Lose oder für einzelne Lose abgegeben werden. DESY behält sich das recht vor, die Vergabe des Leistungsumfangs nach Losen vorzunehmen.

Der Bieter hat einen Nachweis bzw. eine Erklärung abzugeben wie er im Störungsfall die Reaktionszeit von maximal 3 Stunden gewährleisten und einhalten will. Dies gilt für Los 1 und Los 2.

Die Arbeiten werden in Positionen vergeben. Die Einzelbestellungen werden sich voraussichtlich wie folgt gestalten:

Zu Los 1): Der Umfang einer einzelnen Bestellung liegt in der Regel zwischen 500,– Euro und 2.000,– Euro.

Das minimale Volumen einer einzelnen Bestellung beträgt 100,– Euro.

Zu Los 2): Neben einigen größeren Verkabelungen werden viele kleine Bestellungen erteilt, oft nur zur Nachverkabelung einzelner Räume. Die Einzelbestellungen werden durch die dafür autorisierten und im Vertrag benannten DESY-Mitarbeiter getätigt.

Ortsbesichtigung: Der Anbieter hat sich vor Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten zu informieren. Die Teilnahme an der Ortsbesichtigung wird dem Anbieter durch eine entsprechende Bescheinigung bestätigt. Diese Bescheinigung wird von der Abteilung MKK für Los 1 und MDI für Los 2 am Tage der Besichtigung ausgestellt. Angebote, die ohne diese Bescheinigung abgegeben werden, können nicht gewertet werden!

Die Ortsbesichtigungen werden in den Kalenderwochen 05/2010 und 06/2010 (1. Februar 2010 bis 12. Februar 2010) von Montag bis Donnerstag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr und am Freitag von 9.00 Uhr bis 12 Uhr durchgeführt. Dauer der Besichtigung pro Los etwa 2 Stunden.

Terminvereinbarungen für das Los 1:

Herr Schäfer, DESY-Fachabteilung MKK,
Telefon: 040 / 89 98 - 34 39

oder

Frau Petrowski, DESY-Fachabteilung MKK,
Telefon: 040 / 89 98 - 33 66

Terminvereinbarungen für das Los 2:

Herr Liebing, DESY-Fachabteilung MDI,
Telefon: 040 / 89 98 - 23 11

oder

Herr Steckel, DESY-Fachabteilung MDI,
Telefon: 040 / 89 98 - 29 10

Herr Reuther, Telefon: 040 / 89 98 - 30 11

Bei ordnungsgemäßer Durchführung der beauftragten Leistungen beabsichtigt DESY eine Fortführung der Geschäftsbeziehungen über den 30. Juni 2011 hinaus. Hierfür wird DESY berechtigt, für nachfolgend näher bezeichnete Folgejahre jeweils mit separatem Auftrag Leistungen nach dem abzuschließenden Hauptauftrag und den darin vereinbarten Konditionen zu bestellen.

Folgejahre, Laufzeit jeweils vom 1. Juli bis 30. Juni 2011/2012, 2012/2013, 2013/2014. Erklärungsfrist für die Option ist jeweils der 28. Februar des Kalenderjahres.

II.2.2) Optionen: Ja

Wenn ja, Beschreibung der Optionen:

Für die Jahre 2011/2012, 2012/2013, 2013/2014.

Zahl der möglichen Verlängerungen: 3

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**
Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Dauer in Monaten: 48

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die genannten Eignungsnachweise sind jeweils für die einschlägigen Mitglieder einer Bietergemeinschaft beizubringen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Eintragung in das Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens. Bewerber, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen (§ 8 Nr. 3 Abs. 1 f VOB/A)

– Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder § 6 Satz 1 oder 2 Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht vorliegen.

– Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a der GewO) beim Bundeszentralregister anfordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angaben zum Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren (§ 8 Nr. 3 Abs. 1 a VOB/A).

– Nachweis, dass die Zahlung der Beiträge an die Berufsgenossenschaft geleistet wurde (§ 8 Nr. 5 Abs. 1 f VOB/A).

– Nachweis einer ausreichenden und gültigen Betriebshaftpflichtversicherung, siehe Vergabeunterlagen Nummer 14.

– Für Nachweise und Erklärungen, die in einem Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen bereits erbracht wurden, genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Liste des anzugebenden Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen eingetragen sind.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Referenzen/Nachweisen für die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten 3 Kalenderjahren (§ 8 Nr. 3 Abs. 1 b VOB/A).

– Darstellung der fachlichen Qualifikation des einzusetzenden Personals.

– Jährliche Mittel der Anzahl der Beschäftigten in den letzten 3 Kalenderjahren.

– Für das Los 1 muß der Auftragnehmer bereit sein, sein sich eine Genehmigung nach § 15 der Strahlenschutzverordnung zu beschaffen, sofern dies von DESY während der Vertragslaufzeit gewünscht wird.

– Für das Los 2 ist die Genehmigung des Bieters nach § 15 der Strahlenschutzverordnung mit dem Angebot vorzulegen.

– Nachweis bzw. Darstellung der einzuhaltenden Reaktionszeit von maximal 3 Stunden auf Anforderung im Störungsfall.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

EO020-09

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

25. Januar 2010, 10.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

4. März 2010, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

30. Juni 2010

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

4. März 2010, 9.30 Uhr

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Gebäude 11 a, Raum 012 (Untergeschoss), Deutschland

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter oder bevollmächtigte Bietervertreter.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**: –

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postanschrift:

Kaiser-Friedrich-Straße 16, D-53113 Bonn, Deutschland

Telefon: +49 (0) 2 23 94 99 - 0

E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telefax: +49 (0) 2 33 94 99 - 4 00

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

(Siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. VI.4.3)

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

28. Dezember 2009

ANHANG B
ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1: Bezeichnung

Ausführung von Elektroarbeiten im Stromversorgungsnetz

1) **Kurze Beschreibung:**

An der E-Installation von Gebäuden sowie am Kabelnetz für die Mittel- und Niederspannungsdrehstrom-Energieversorgung bzw. Niederspannungsgleichstromversorgung fallen auf dem DESY-Gelände Standort Hamburg ständig Arbeiten mit unterschiedlich großem Auftragsvolumen und kurzfristigen Ausführungsterminen an.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45310000

3) **Menge oder Umfang:**

Der Umfang einer einzelnen Bestellung liegt in der Regel zwischen 500,– Euro und 2.000,– Euro. Das minimale Volumen einer einzelnen Bestellung beträgt 100,– Euro.

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Dauer in Monaten: 48

5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

siehe Vergabeunterlagen

Los-Nr. 2: Bezeichnung

Verkabelungsarbeiten an den DESY Daten-, Fernmelde,- und Beschleuniger-Signalleitungsnetzen

1) **Kurze Beschreibung:**

Datennetzverkabelung Kupfer/Datennetzverkabelung Lichtwellenleiter/Modifikation, Erweiterung und Instandhaltung der Signalleitungsnetze in den Beschleunigeranlagen, Kontroll- und Elektronikräumen.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45314000

3) **Menge oder Umfang:**

Neben einigen größeren Verkabelungen werden viele kleine Bestellungen erteilt, oft nur zur Nachverkabelung einzelner Räume. Siehe hierzu die Spezifikation.

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Dauer in Monaten: 48

5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

siehe Vergabeunterlagen

Hamburg, den 6. Januar 2010

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

46

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 b N 203/97. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **WINGOLD Nahrungs- und Genußmittel GmbH,** Peutestraße 22, 20539 Hamburg, Geschäftsführer: Werner Pithan, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt. Schlusstermin mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, 2. Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, 3. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, 4. Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände wird bestimmt auf **Donnerstag, den 4. Februar 2010, 9.35 Uhr,** vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz l, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg, Saal B 405.

Dem Konkursverwalter wird aufgegeben, die nach § 151 KO erforderliche Veröffentlichung zu veranlassen und die Belege darüber rechtzeitig einzureichen.

Die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters für seine Geschäftsführung werden wie folgt festgesetzt:

Vergütung:	54 696,60 Euro
zuzüglich 8,675 % Umsatzsteuer auf fiktive Nettovergütung	4 744,93 Euro
Bruttovergütung	59 441,53 Euro

Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH vom 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 12. Oktober 2009 Bezug genommen.

Hamburg, den 6. Januar 2010

Das Amtsgericht, Abt. 65

47

Aufgebot

58 C 48/2008. **Charlotte Schnakenbek**, Deesbarg 66, 22549 Hamburg, hat beantragt, den Deutschen Hypothekenbrief Gruppe l Nummer 055567 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg von Stellingen Blatt 4712 in Abteilung III unter der Nummer 5 – fünf – für die Sächsische Bodencreditanstalt in Frankfurt am Main eingetragene Hypothek über 26.000,– DM (sechsundzwanzigtausend Deutsche Mark) für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte beim Amtsgericht Hamburg, Sievekingplatz l, 20355 Hamburg, Zimmer B 117, spätestens in dem dort am **Dienstag, dem 18. Mai 2010, 11.00 Uhr,** stattfindenden Aufgebotstermin anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls dieser für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 11 . Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 58

48

Aufgebot

815 C 147/09. Frau **Ingrid Janssen,** geborene Schwering, hat die Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Bramfeld, Band 149, Blatt 4615 in Abteilung III unter Nummer 5 für die Aktiengesellschaft in Firma Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg (nunmehr Eurohypo Aktiengesellschaft) eingetragene Grundschuld von 100 000 DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, dem 3. Juni 2010, 12.00 Uhr, Zimmer 1.003**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, anderenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Hamburg, den 20. Dezember 2009

Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek

Abteilung 815

49

Aufgebot

319 B C 117/09. Frau **Patricia Harms**, Sachsenweg 1, 22455 Hamburg, vertreten durch: Notare Dres, Nesemann und Uhlenbrock, Bremer Straße 4, 21073 Hamburg, hat als Grundeigentümerin das Aufgebot zur Kraftloserklärung des Hypothekenbriefes Gruppe BR 1 Nummer 53/347452 über die in Abteilung III unter Nummer 7 des Grundbuchs von Altona-Nord Blatt 3822 für die Allianz Lebensversicherungs-

Lütcke & Wulff
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

C 1160

PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt

AG in Berlin und München eingetragene Hypothek über 85 000,– DEM beantragt.

Der Inhaber des Briefes wird hiermit aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, dem 15. April 2010, 9.30 Uhr in Saal 114,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Termin seine Rechte anzumelden und den Brief vorzulegen, da dieser sonst für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 15. Dezember 2009

Das Amtsgericht Hamburg-Altona
Abteilung 319

50

Aufgebot

317 B C 57/09. In der Aufgebotssache 1) Beate Rehder, geborene Wagner, Hemmingstedter Weg 127, 22609 Hamburg – Antragstellerin –, 2) Regine Körner, geb. Wagner, Hemmingstedter Weg 127, 22609 Hamburg, vertreten durch ihre Schwester Frau Beate Rehder – Antragstellerin –, 3) Dr. Hans Peter Ludwig Karl Wagner, Beselerstraße 60, 22607 Hamburg – Antragsteller – Prozessbevollmächtigte: zu 1-3: Notarin M.-E. Schlie-vom Ende, Ehrenbergstraße 69 II, 22767 Hamburg, Geschäftszeichen: UR-Nr. 239/2009 Ba, haben das Aufgebot des Hypothekenbriefes Nummer 008204 über die im Grundbuch von Groß Flottbek, Band 56, Blatt 2258, in Abteilung III unter laufender Nummer 1 für die Deutscher Ring Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft eingetragene Hypothek über 16.000,– DM, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, dem 6. Mai 2010, 11.30 Uhr, Saal 214**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, anderenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Hamburg, den 18. Dezember 2009

Das Amtsgericht Hamburg-Altona
Abteilung 317

51

Aufgebot

610 a C 22/09. **Martin und Bernd Gebhardt** haben als Eigentümer des im Grundbuch von Harburg, Blatt 8298 eingetragenen Grundstücks, das Aufgebot der Gläubiger der in Abteilung III unter Nummer 7 dieses Grundbuchblattes eingetragenen Hypothek in Höhe von 6.530,50 Goldmark, beantragt.

Diese werden hiermit aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, dem 18. März 2010, 8.00 Uhr**, vor diesem Gericht, Buxtehuder Straße 9, Zimmer 228, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden widrigenfalls sie mit diesen ausgeschlossen werden.

Hamburg, den 21. Dezember 2009

Das Amtsgericht Hamburg-Harburg
Abteilung 610

52

SonstigeMitteilungen

Gläubigeraufruf

Die Firma **GfH Gesellschaft für Hausmeisterdienstleistungen mbH, Hamburg,** Dithmarscher Straße 20, 22049 Hamburg, ist aufgelöst. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 7. Dezember 2009

Der Liquidator

53

Gläubigeraufruf

Die Firma **TSE Touristik-Service-Europa GmbH** ist durch Beschluss vom 27. Oktober 2009 aufgelöst. Als Liquidator wurde der frühere Geschäftsführer Gerd Brammer bestimmt. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 1. Dezember 2009

Der Liquidator 54

Gläubigeraufruf

Die Firma **NAN KU GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 50410), Anschrift und Sitz der Gesellschaft: Ottenser Hauptstraße 34, 22765 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 30. November 2009

Der Liquidator
Li Hang, geboren am 7. Dezember 1962
Wohnort: Hamburg

55

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).